Thomas Czypionka, Martin G. Kocher* und Alexander Schnabl

Österreichs Wirtschaft in der Corona-Pandemie

<https://doi.org/10.1515/pwp-2020-0024>

Zusammenfassung: Die Corona-Epidemie fand die Weltgemeinschaft unvorbereitet. Sie zwang die Regierungen zu umfassenden gesundheits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wodurch innerhalb weniger Wochen eine nicht vorhersehbare Weltwirtschaftskrise enormen Ausmaßes entstand. Die österreichische Regierung reagierte in Europa als eine der ersten und verordnete Mitte März 2020 einen weitgehenden Lockdown. Mit Fokus auf Österreich stellen Thomas Czypionka, Martin G. Kocher und Alexander Schnabl die einzelnen Maßnahmen dar und bewerten sie. Zusätzlich nähern sie sich den volkswirtschaftlichen Folgen des Lockdowns mittels Einschätzungen von Fachleuten und einer multiregionalen Input-Output-Analyse auf nationaler, sektoraler, und regionaler Ebene, jeweils zum Informationsstand 28. April 2020. Demnach wird die Corona-Krise die österreichische Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um rund 8,5 Prozent im Vergleich zum Referenzszenario reduzieren, vorbehaltlich weiterer politischer Maßnahmen, möglicher Konjunkturpakete oder dem Risiko einer zweiten Epidemiewelle im Herbst 2020.

JEL-Klassifikation: E24, E27, E6

Schlüsselwörter: COVID-19, wirtschaftspolitische Maßnahmen, Österreich, Konjunkturprognose

1 Einleitung

Als eines der ersten Länder in Europa konnte Österreich seine Lockdown-Maßnahmen zumindest teilweise bereits nach Ostern lockern. Zu diesem Zeitpunkt war die Wachstumsrate der Neuinfektionen bereits unter 2 Prozent gesunken (BMSGPK 2020). Was hat Österreich also bei der Bekämpfung von Covid-19 „richtig“ gemacht? Wie sehr leidet darunter die Wirtschaft? Welche Unterstützungsmaßnahmen wurden dabei eingesetzt, um Arbeitsplätze zu schützen und die Verluste der Betriebe abzufedern?

Thomas Czypionka, Institut für Höhere Studien, Josefstädter Str. 39, 1080 Wien, E-Mail: czypionk@ihs.ac.at

***Kontaktperson: Martin G. Kocher**, Universität Wien und Institut für Höhere Studien, Josefstädter Str. 39, 1080 Wien, E-Mail: kocher@ihs.ac.at

Alexander Schnabl, Institut für Höhere Studien, Josefstädter Str. 39, 1080 Wien, E-Mail: schnabl@ihs.ac.at

2 Entwicklung der Corona-Krise in Österreich¹

Am 25. Februar wurde der erste Fall mit positivem Test auf das SARS-CoV-2 registriert; es handelte sich um eine Frau aus Italien, die in einem Hotel in Innsbruck arbeitete und kurz zuvor ihre Heimat Lombardei besucht hatte. Weitere Einträge des Virus nach Österreich erfolgten vor allem im Zusammenhang mit Skitourismus und Geschäftsreisen.

Nach ersten Reisewarnungen im Februar für China und schließlich Italien erfolgten die ersten Reisebeschränkungen trotz der internationalen Nachrichten erst Mitte März. Die große Nähe zu Italien stellte einen wichtigen Erklärungsfaktor für die dann aber rasche Reaktion auf das Virus dar. Italien ist eng mit Westösterreich verflochten und teilweise verstörende Bilder der Situation in norditalienischen Intensivstationen taten in Österreich ihre Wirkung. Zudem ist, im Gegensatz zu Deutschland, die Seuchenbekämpfung eine Aufgabe des Bundes, wodurch eine einheitliche, durchgehende Politikreaktion möglich war.

2.1 Einschränkungen des öffentlichen Lebens

Erste Maßnahmen wurden am 11. März 2020 angekündigt, mit dem Verbot von Veranstaltungen im Freien mit mehr als 500 bzw. in geschlossenen Räumen mehr als 100 TeilnehmerInnen. Zu diesem Zeitpunkt waren zwar nur 476 positiv getestete Fälle bekannt, die Wachstumsrate der Fallzahl lag jedoch bei 40 Prozent. Schon am 12. März 2020 erfolgten weitere Ankündigungen zu Universitäten und Schulen, welche schrittweise auf Fernunterricht umgestellt wurden. Die Behörden sprachen zudem eine Empfehlung aus, Kinder nicht von den Großeltern betreuen zu lassen. Am Wochenende vom 14. und 15. März 2020 beschloss der Nationalrat schließlich das erste große Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Pandemie. Es trat in der darauffolgenden Woche schrittweise in Kraft. Das Betreten öffentlicher Flächen und damit de facto der eigenen Wohnumgebung war den Bürgern nur noch in vier Fällen

¹ Das Institut für Höhere Studien führt ein Ereignisjournal für den DACH-Raum.

gestattet: (i) Weg zur Arbeit, (ii) Betreuung anderer Personen, (iii) Einkauf von lebensnotwendigen Gütern und (iv) Spaziergänge bzw. Joggen/Radfahren, gegebenenfalls mit Haushaltsmitgliedern.

Mit der Ausnahme von Lebensmittelgeschäften, Apotheken, Drogerien und Geschäften des medizinischen Bedarfs wurden sämtliche Ladenöffnungen untersagt. Restaurants durften ihre Speisen nur mehr über Lieferdienste anbieten. Zusammenkünfte von mehr als fünf Personen waren mit Ausnahmen ebenfalls untersagt.

2.2 Gesellschaftliche und politische Reaktionen

Sicher auch unter dem Eindruck der Meldungen aus Italien war der Zuspruch zu den Maßnahmen zunächst groß („Rally-to-the-flag“-Effekt). Dies war begleitet durch umfangreiche Informationssendungen des öffentlichen Rundfunks (ORF) sowie öffentlichkeitswirksame Pressekonferenzen von Kanzler (ÖVP) und Vizekanzler (Grüne). Auch die Opposition hielt sich mit Kritik zunächst zurück und agierte anfangs konstruktiv („Schulterschluss“).

Eine erste Kontroverse ergab sich im Rahmen der Zahl der durchgeführten Tests. Die Opposition verlangte ungeachtet der Material- und Logistikkengpässe deren Ausweitung, was schließlich im Kauf von zwei Millionen Schnelltests resultierte, deren genaue Güte aber unbekannt war und deren Einsatzmöglichkeit derzeit unklar ist.

Einen weiteren Angriffspunkt bot die „Stopp-Corona-App“ unter der Ägide des Roten Kreuzes. Zwar ist das Rote Kreuz gemeinnützig, und diese Tracing-App war eine der ersten in Europa. Sie war jedoch von einem privaten Unternehmen programmiert, in der Cloud eines privaten Unternehmens gehostet und nicht open-source. Zusätzlich erwog der Nationalratspräsident, die App verpflichtend zu machen, indem ihre Verwendung zur Voraussetzung für zusätzliche Freiheiten werden könnte; eine Idee, die rasch wieder verworfen wurde, aber für viel Aufruhr sorgte.

Zuletzt geriet die nicht vollständig transparente Entscheidungsstruktur und -grundlage der Regierung in die Kritik. Zwar gibt es eine Corona-Taskforce als Beraterstab des Gesundheitsministers; diese ist aber vorwiegend von Medizinern besetzt. Im Bereich des Kanzleramts zeichnen vor allem der Think-Tank „Think Austria“ und das mit der Präsidentschaftskanzlei und mit dem Kanzleramt verbundene „Future operations clearing board“ als Beratungsorgane verantwortlich. Auch im Innenministerium gibt es einen permanenten Krisenstab.

Für Kontroversen sorgte schließlich auch die Abfolge der Maßnahmen zur Aufhebung des Lockdowns, welche

mit Geschäfts- statt Schulöffnungen begann. Die Opposition nahm Anstoß daran, dass die Wirtschaft („Baumärkte“) wichtiger sei als Kinder. Unter diesem Druck wurden auch bald Maßnahmen für Schulöffnungen angekündigt.

2.3 Lockerung der Maßnahmen und Bewertung

Als eines der ersten Länder in Europa beschloss Österreich die schrittweise Aufhebung des Lockdowns. Bereits nach Ostern konnten Geschäfte mit einer Fläche bis 400 m² sowie Baumärkte wieder öffnen, und die Benützung des öffentlichen Verkehrs wurde erweitert. Beide Maßnahmen waren allerdings mit der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verbunden. Auch Handwerksbetriebe ohne maßgeblichen Kundenkontakt konnten ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Mit Anfang Mai konnten alle Geschäfte sowie Friseure ihren Betrieb wiederaufnehmen, die letzten Bewegungseinschränkungen wurden aufgehoben. Für Mitte Mai ist die Eröffnung von Restaurants mit Sperrstunde 23 Uhr und weiteren Regelungen zur Personendichte geplant.

Am 24. April wurde – nicht zuletzt auch auf Druck der Opposition – der Fahrplan für die Schulen präsentiert: Mit 4. Mai dürfen Schüler und Schülerinnen der Abschlussklassen wieder in die Schule, danach werden Mitte Mai Volksschulen, AHS-Unterstufen, Neue Mittelschulen und Sonderschulen wieder für den Schulbetrieb geöffnet. Der Rest der Schulen folgt Anfang Juni. In den Schulen herrscht außerhalb des Klassenzimmers Maskenpflicht. Für das Abhalten von Veranstaltungen soll es Bedingungen und Auflagen geben. So soll das Zusammenkommen auf bestimmte Personengruppen eingeschränkt werden, was das Totalverbot des Zusammenströmens ersetzen sollte.

Österreich profitierte in seiner Reaktion auf die Krise von einer Reihe von Faktoren. Die Nähe zu Italien und die engen Verflechtungen insbesondere nach Südtirol erzeugten ein hohes Problembewusstsein. Die Regierung besteht aus einer Koalition von christlich-sozialer ÖVP und den Grünen, eine noch nie dagewesene Kombination und erst seit 7. Januar 2020 im Amt. Die Protagonisten mussten deshalb Handlungsfähigkeit und Einigkeit unter Beweis stellen. Hinzu kommt die verfassungsmäßige Aufgabenverteilung in Österreich. Das Land ist zwar ein föderaler Staat mit neun Bundesländern, der grundsätzlich im Gesundheitswesen unter der Fragmentierung der Kompetenzen (Sozialversicherung/Bund vs. Krankenanstalten/Länder) leidet, in der Seuchenbekämpfung kommen jedoch dem Bund umfangreiche Vollmachten zu, wodurch eine einheitliche und rasche Durchsetzung der Politik möglich

war. Begünstigend wirkte zudem die Tatsache, dass die zunächst betroffene Bevölkerung nicht der Risikogruppe angehörte (Skifahrer, Geschäftsreisende) und dass der Eintrag in die ältere Bevölkerung aufgrund der Familienstrukturen länger dauerte als in Italien.

3 Auswirkungen der Pandemie auf die österreichische Wirtschaft

Im Folgenden schätzen wir die Auswirkungen der gesetzten gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf die österreichische Wirtschaft national, regional und sektoral auf Basis eines multiregionalen Input-Output-Modells zum Stand 28. April 2020 ab.² Für die Einschätzung der durch die Corona-Epidemie ausgelösten ökonomischen Krise kann man nicht auf empirische Daten, Expertisen oder Erfahrungen aus vorhergehenden Krisen zurückgreifen, aber dennoch müssen solche Abschätzungen erfolgen, damit Regierungen Entscheidungshilfen für das Schnüren von Hilfsmaßnahmen zur Verfügung haben. Daher bilden hier zum größten Teil Einschätzungen von Fachleuten die Grundlage für die weiteren Berechnungen.

Für die vorliegende Analyse haben wir das multiregionale Input-Output-Modell des Instituts für Höhere Studien eingesetzt. Zusätzlich zu einem nationalen Input-Output-Modell, worin die wechselseitig verknüpften Liefer- und Bezugsstrukturen der einzelnen Sektoren einer Wirtschaft erfasst werden, sind in einem multiregionalen Modell auch die Verflechtungen zwischen den einzelnen Regionen, in diesem Fall den österreichischen Bundesländern, abgebildet. Für regionale Analysen muss daher zusätzlich zu den intraregionalen Verlinkungen abgeschätzt werden, wie groß die interregionalen Verflechtungen sind. So können die direkten, indirekten (entlang der Wertschöpfungsketten) und konsum- und investitionsinduzierten Wirkungen nicht nur berechnet, sondern auch regional verortet werden. Wir berechnen die Effekte auf Wertschöpfung sowie Steuern und Sozialabgaben, aufgrund der hohen Unsicherheiten und noch unbestimmter Wirkung kürzlich erweiterter wirtschaftspolitischer Maßnahmen (wie beispielsweise die Corona-Kurzarbeit) verzichten wir auf die übliche Einschätzung der Beschäftigungseffekte.

² Basis bilden dazu regelmäßige Untersuchungen, die die Autoren gemeinsam mit ihren jeweiligen Forschungsgruppen am Institut für Höhere Studien seit März 2020 durchführen; diese Analysen werden in Form von Policy Briefs auf der Website des Instituts veröffentlicht (vgl. Cypionka et al. 2020).

3.1 Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – Annahmen

Um der Corona-Pandemie Einhalt zu gebieten, haben die Regierungen in aller Welt umfassende Maßnahmen getroffen, die vorwiegend den sozialen Kontakt zwischen Personen reduzieren sollen, um die Ansteckungsgefahr zu senken. Dadurch ist die Wirtschaft überall stark beeinträchtigt. Wir übernehmen für die vorliegende Analyse weitgehend die weltwirtschaftlichen Annahmen, die im Rahmen der am 8. April 2020 veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose getroffen wurden, an der das Institut für Höhere Studien als Partner des RWI Essen beteiligt ist (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020). Da sich die Situation in vielen Ländern aber sehr dynamisch entwickelt, mussten die Annahmen zum Teil aktualisiert werden.

In der folgenden Tabelle werden die aktuellen Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Volkswirtschaften mit denen verglichen, die im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2019 erarbeitet wurden (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019). Die Differenz ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

Tabelle 1: Annahmen bezüglich der Entwicklung des realen BIP in ausgewählten Ländern und des Welthandels im Jahr 2020, in Prozent

Land	GD Herbst 2019	Aktuelle Annahmen
Vereinigte Staaten	1,7	-4,0
China	5,9	1,0
Japan	0,6	-2,0
Deutschland	1,1	-4,2
Italien	0,6	-10,8 (GD: -9,8)
Frankreich	1,2	-5,8
Vereinigtes Königreich	1,2	-3,8 (GD: -2,8)
Schweiz	1,6	-2,3
Ungarn	3,0	-4,0
Tschechien	2,4	-5,9
Slowakei	2,8	-2,5
Russland	1,8	-2,1 (GD: -1,1)
Welthandel	0,7	-7,4

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019 und 2020, Cypionka et al. 2020

In den vom Corona-Virus besonders betroffenen Ländern sinkt aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen auch der Konsum, jedoch vermutlich in einem geringeren Ausmaß als die Produktion.

3.2 Sektorale Betroffenheit in Österreich – Annahmen

Die Corona-Epidemie und die Maßnahmen zur Bekämpfung dieser belasten die verschiedenen Wirtschaftszweige in unterschiedlichem – relativen – Ausmaß. Tabelle 2 stellt die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Österreich dar.

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen

	Wertschöpfung in Mrd. Euro
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,51
Bergbau und Herstellung von Waren	67,93
Energie, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,20
Bau	24,49
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	40,76
Verkehr und Lagerei	20,23
Beherbergung und Gastronomie	19,40
Information und Kommunikation	12,68
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	14,37
Grundstücks- und Wohnungswesen	35,50
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	35,24
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	17,69
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	43,85
Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleistungen	9,83

Quelle: Statistik Austria 2020

Verschiedene Branchen in Österreich können derzeit aufgrund von Beschränkungen nur eingeschränkt aktiv sein, beispielsweise der Tourismus, Teile des Handels und das Kultur- und Veranstaltungswesen. Die Industrie auf der anderen Seite hat vorwiegend durch Unterbrechung der Lieferketten – einerseits durch Beschränkungen im internationalen Handel und andererseits durch Beeinträchtigungen der Produktion im Ausland – eingeschränkten Zugang zu benötigten Vorleistungsgütern. Wieder andere Wirtschaftszweige scheinen unmittelbar kaum betroffen, da sie entweder für die Bereitstellung lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen zuständig sind oder anderweitig Schlüsselsektoren darstellen. Viele Bürotätigkeiten werden wiederum derzeit im Home-Office erledigt. Wenn auch nicht direkt, sind viele dieser Sektoren jedoch wegen

ihrer Verflechtung entlang der Wertschöpfungsketten indirekt betroffen, da direkt beeinträchtigte Branchen weniger Vorleistungen verbrauchen und Investitionen jedenfalls derzeit nicht tätigen. Das im Aggregat niedrigere Einkommen durch die höhere Arbeitslosigkeit und die Inanspruchnahme der Kurzarbeit verursacht auch ein Absinken des heimischen privaten Konsums. Demgegenüber ist in einigen wenigen Wirtschaftszweigen ein Wertschöpfungsanstieg zu erwarten, da deren Aktivitäten nun gerade jetzt besonders benötigt werden, beispielsweise die öffentliche Verwaltung.

Besonders betroffen sind der Tourismus, die Kulturwirtschaft, das Veranstaltungswesen und damit verbundene Branchen. Bereits Mitte März wurden in Österreich zuerst teilweise, später vollständig Hotels und Gastronomiebetriebe in eine Zwangspause geschickt, die nun erst mit Mitte Mai stufenweise aufgehoben wird. April und Mai sind vergleichsweise schwache Tourismusmonate; daher fallen diese Schließungen hier weniger ins Gewicht. Demgegenüber sind die Sommermonate Juli und August üblicherweise die stärksten Tourismusmonate. Aufgrund der zu erwartenden Verlängerungen der internationalen Reisebeschränkungen werden aber möglicherweise kaum Gäste in diesem Zeitraum aus dem Ausland nach Österreich kommen. Die ausländischen Gäste sorgen jedoch sonst laut Nächtigungsstatistik der Statistik Austria (STAT-Cube 2020) für 74 Prozent der touristischen Nächtigungen in Österreich. Allein 37 Prozent (die Hälfte der ausländischen Gäste) kommen aus Deutschland.

Die Österreicher und Österreicherinnen können nun ebenfalls ihren Urlaub weniger im Ausland verbringen, sondern mehr im Inland, aber die ausländische Nachfrage können sie sicher nicht kompensieren. Auch mussten viele Unselbständige bereits jetzt Teile ihres Urlaubs verbrauchen, sodass weniger für Reisen im Rest des Jahres übrig bleibt. Es ist daher ein Preiskampf um die verbliebenen Gäste wahrscheinlich und ein deutlicher Umsatzrückgang zu erwarten. Dabei sind die einzelnen Bundesländer unterschiedlich betroffen. Nationale und internationale Kongresse haben eine hohe Bedeutung für den Wiener Tourismus; die Absagen oder Verschiebungen dieser Veranstaltungen treffen daher die Stadt ganz besonders, auch außerhalb der Hauptsaison. Hingegen stellen die kommenden Monate Hochsaison für den Wandertourismus zum Beispiel in Tirol dar.

Infolge der zu erwartenden deutlich niedrigeren touristischen Aktivitäten sind auch Reisebüros und Reiseveranstalter stark betroffen. Aufgrund der Unsicherheiten bezüglich bestehender oder neuer Reisebeschränkungen bis in die umsatzstarke Sommersaison hinein wird das Neuauftragsvolumen voraussichtlich niedrig bleiben. Wie im

Tourismus allgemein ist auch bei den Reisebüros und Reiseveranstaltern nur von einer langsamen Erholung auszugehen.

Ähnliches ist für die Luftfahrt zu erwarten. Die größte österreichische Fluglinie AUA (Austrian Airlines) hat den regulären Flugbetrieb bis nunmehr zumindest 17. Mai 2020 eingestellt. Eine vollständige Erholung noch dieses Jahr schließen sowohl die IATA (International Air Transport Association) als auch die AUA selbst aus.

Eine große Abhängigkeit von ausländischen Gästen besteht auch im Kultur- und Veranstaltungsbereich. Museen und Bibliotheken können zwar bereits ab Mitte Mai wieder öffnen, jedoch ist anfangs mit einer vergleichsweise niedrigen Auslastung zu rechnen. Demgegenüber dürfen bis voraussichtlich Ende August 2020 keine Großveranstaltungen stattfinden; viele Veranstaltungen werden daher abgesagt oder verschoben. Kleinere Veranstaltungen bis zu zehn Personen sind ab Mai wieder erlaubt. Ab Anfang Juni können an professionellen Kultureinrichtungen die Proben wieder aufgenommen werden, jedoch ist ein voller Betrieb dieser Einrichtungen nicht vor Herbst zu erwarten. Der Veranstaltungs- und Kultursektor wird auch über die verordneten Beschränkungen hinaus beeinträchtigt sein, da ausländische Künstler und Künstlerinnen sowie Gäste aus dem Ausland von den Reisebeschränkungen betroffen sein werden und generell Unsicherheiten bestehen.

Spitzensportler und Spitzensportlerinnen dürfen zwar nach Beschränkungen seit Ende April wieder an Sportstätten trainieren; wann wieder Veranstaltungen im Sportbereich stattfinden werden, ist jedoch unklar. Ab Anfang Mai können auch Breitensportaktivitäten in manchen Sportarten wieder aufgenommen werden.

Der Personenverkehr ist aufgrund der Ausgangsbeschränkungen und der Möglichkeit zum Arbeiten im Home-Office massiv eingebrochen. Vor allem im Fernverkehr ist auch bis in den Sommer mit einem geringeren Aufkommen zu rechnen. Aufgrund der Einschränkungen in der Industrieproduktion ist aber auch der Güterverkehr von einer gesunkenen Nachfrage betroffen, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß. Nach der Lockerung mancher Maßnahmen wird sich die Nachfrage nach Verkehrsdienstleistungen wieder langsam normalisieren.

Die Industrie ist durch die geringere Produktion auf wichtigen Exportmärkten beeinträchtigt, da dies zu einer geringeren Nachfrage führt, insbesondere nach Vorleistungsgütern aus Österreich. Auch werden Wertschöpfungsketten der Industrie gestört, da wiederum Vorleistungsgüter nicht nach Österreich geliefert oder gar nicht produziert werden können. Durch die Beschränkungen im Handel, Tourismus und Gastronomie bricht ein

Teil der Konsumnachfrage kurzfristig weg, wie auch die Nachfrage nach langlebigen Wirtschaftsgütern, da nun weniger investiert wird. Gewisse Aufholeffekte sind wohl möglich; die Wiedererreichung ungehinderter Produktionsabläufe und länderübergreifender Lieferketten wird aber Zeit erfordern. Infolge niedrigerer Produktion wird auch der Energiebedarf sinken. Aufgrund der Verflechtungen der Industrie mit den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wird auch dort die Wertschöpfungsleistung zurückgehen.

Das Bauwesen war anfangs massiv von den Maßnahmen beeinträchtigt, da fast alle Baustellen zwei Wochen geschlossen werden mussten. Aufgrund einer Ende März abgeschlossenen Sozialpartnervereinbarung zum Schutz der Arbeitenden auf Baustellen konnten jedoch vielerorts Arbeiten wiederaufgenommen werden. Eng verflochten mit dem Bauwesen ist die Architektur- und Ingenieursbranche mit entsprechenden Folgen.

Die geringere Nachfrage vor allem aus der Gastronomie, aber auch die niedrigere Industrieproduktion reduzieren die Umsätze im Großhandel. Der Einzelhandel war durch Zwangsschließungen der meisten Geschäfte ab Mitte März deutlich beeinträchtigt; ausgenommen waren nur Geschäfte, die lebensnotwendige Güter anbieten. Die Einzelhändler dürfen seit Mitte April wieder nach und nach öffnen, die Nachfrage in einigen Branchen blieb jedoch zunächst noch hinter den Erwartungen. Aufgrund der geringeren Einkommen der Haushalte wird die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern und nach Luxusgütern zumindest noch eine gewisse Zeit abgeschwächt sein.

Die Pandemie lässt eine erhöhte Nachfrage nach Leistungen des öffentlichen Gesundheitssystems erwarten, auch sind derzeit aufgeschobene Gesundheitsdienstleistungen nachzuholen. Mit fortlaufender Dauer der Einschränkungen, aber auch der Furcht vor Ansteckung und Verzicht auf Gesundheitsleistungen kann diese Aufholmöglichkeit aber bald abschmelzen. Gleichzeitig sind private bzw. elektive Gesundheitsdienstleistungen zurzeit eher eingeschränkt möglich. In der öffentlichen Verwaltung wird die Wertschöpfung unter anderem aufgrund erforderlicher Mehrarbeit, beispielsweise in der öffentlichen Sicherheit, etwas wachsen. Auch in der Wasserversorgung, der Telekommunikation und den damit verbundenen Dienstleistungen sowie im Bereich der Rechtsberatung sind Zuwächse möglich.

3.3 Berechnung der ökonomischen Auswirkungen für Österreich

In den folgenden Berechnungen berücksichtigen wir den globalen Nachfrageeinbruch, die gestörten Lieferketten sowie die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen in Österreich. In Tabelle 3 werden die nationalen Auswirkungen dargestellt, die sich unter den oben genannten Annahmen ergeben, basierend auf dem Informationsstand vom 28. April 2020. Berücksichtigt werden dabei jeweils direkte, indirekte und induzierte Effekte.

Die Corona-Epidemie verursacht aufgrund der Produktionsrückgänge und der geringeren Nachfrage aus dem In- und Ausland eine Reduktion des Bruttoinlandsprodukts in Österreich um 33,8 Milliarden Euro und der Bruttowertschöpfung um 30,2 Milliarden Euro. Dies entspricht etwa 8,5 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung. Dadurch werden die verschiedenen Körperschaften der öffentlichen Hand gemeinsam 10,5 Milliarden Euro weniger an Steuern und Abgaben einnehmen. Vor allem die Einnahmen der Sozialversicherung (-4,5 Milliarden Euro) und an den Bund (-3,6 Milliarden Euro) gehen zurück (gerechnet nach Durchführung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden). Länder und Gemeinden verlieren 2,1 Milliarden Euro.

Tabelle 3: Ökonomische Auswirkungen – Überblick national – Informationsstand zum 28. April 2020

Bruttoinlandsprodukt (in Mio. Euro)	-33.800
Wertschöpfung (in Mio. Euro)	-30.200
Steuern (in Mio. Euro)	-10.900

Quelle: Cypionka et al. 2020

Werden die sektoralen Auswirkungen betrachtet (Tabelle 4), so zeigt sich, dass der Wertschöpfungsrückgang absolut betrachtet am höchsten im Bereich Beherbergung und Gastronomie (-7,6 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung) ist, gefolgt von Herstellung von Waren und Bergbau (-7,5 Milliarden Euro) und vom Groß- und Einzelhandel (-2,5 Milliarden Euro). Relativ betrachtet sind Beherbergung und Gastronomie (-40,7 Prozent), Kunst, Unterhaltung und Erholung (-18,7 Prozent) sowie sonstige Dienstleistungen (-12 Prozent) am meisten betroffen.

Die Auswirkungen der Corona-Krise sind in den einzelnen Bundesländern (Tabelle 5) aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der verschiedenen Wirtschaftszweige verschieden. Aufgrund der hohen Effekte in den Tourismus-, Kultur- und Veranstaltungsbereichen sind die Folgen in Tirol (-10,7 Prozent Bruttowertschöpfungsrück-

gang), Salzburg (-9,6 Prozent), Vorarlberg (-9,3 Prozent) und Wien (-8,8 Prozent) besonders hoch. Demgegenüber sind die Auswirkungen in Niederösterreich (-7,5 Prozent) und im Burgenland (-7,6 Prozent) deutlich geringer.

Tabelle 4: Ökonomische Auswirkungen nach Wirtschaftszweigen

	Wertschöpfung in Mio. Euro
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-296
Bergbau und Herstellung von Waren	-7.473
Energie, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	-812
Bau	-1.727
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-2.523
Verkehr und Lagerei	-1.916
Beherbergung und Gastronomie	-7.619
Information und Kommunikation	-5.645
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	-846
Grundstücks- und Wohnungswesen	-1.027
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	-3.452
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	+108
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	-185
Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleistungen	-1.860

Quelle: Cypionka et al. 2020

Tabelle 5: Ökonomische Auswirkungen – regionaler Corona-bedingter Wertschöpfungsrückgang 2020

Bundesland	Wertschöpfung in Mio. Euro	Rückgang in Prozent
Burgenland	-632	-7,6 %
Kärnten	-1.504	-7,8 %
Niederösterreich	-4.217	-7,5 %
Oberösterreich	-4.884	-8,1 %
Salzburg	-2.577	-9,6 %
Steiermark	-3.523	-7,7 %
Tirol	-3.408	-10,7 %
Vorarlberg	-1.628	-9,3 %
Wien	-7.819	-8,8 %
Österreich	-30.192	-8,5 %

Quelle: IHS 2020

4 Österreichische Maßnahmen zur Linderung der ökonomischen Corona-Schäden

4.1 Überblick über das Maßnahmenpaket in Österreich

Österreich hat ein umfangreiches Paket zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie aufgelegt. Nach einer Ankündigung von 4 Milliarden Euro zur Linderung der ökonomischen Schäden am 14. März 2020 wurde das Paket schon am 18. März 2020 auf 38 Milliarden Euro aufgestockt, was knapp 10 Prozent des österreichischen BIP entspricht.

Schon bei der Ankündigung wurde kommuniziert, dass die österreichische Bundesregierung und das österreichische Parlament bereit wären, sowohl den Umfang des Pakets, als auch die Verteilung auf die verschiedenen Teilaspekte des Gesamtpakets anzupassen, sollte sich das als Notwendigkeit herausstellen. Relativ rasch wurde der Satz „koste es, was es wolle“ von der Regierung verwendet. Das Corona-Bekämpfungspaket der österreichischen Regierung (vgl. Kocher und Weyerstrass 2020) besteht hauptsächlich aus (i) einem Härtefallfonds, (ii) dem Corona-Hilfsfonds, (iii) Steuerstundungen, (iv) zusätzlichen Mitteln für den Arbeitsmarktservice (AMS) zur Finanzierung von Beihilfen für Kurzarbeit und (v) zusätzlichen Mitteln für das Gesundheitswesen.

4.1.1 Härtefallfonds

Der Härtefallfonds³ dient der Abfederung der Umsatzausfälle von Unternehmen, die nicht unter den Corona-Hilfsfonds fallen. Dabei geht es vor allem um Ein-Personen-Unternehmen (EPU, neue Selbständige), freie Dienstnehmer nach § 4 Abs. 4 ASVG und Kleinstbetriebe, die weniger als zehn Vollzeitäquivalente beschäftigen. Der Härtefallfonds wurde als erstes ausgestaltet und operativ umgesetzt.

Ein Härtefall ist laut den Regeln gegeben, wenn (i) der Unternehmer bzw. freie Dienstnehmer nicht mehr in der Lage ist, seine laufenden Kosten zu decken, oder (ii) der Betrieb des Unternehmers von einem behördlichen Betretungsverbot nach dem österreichischen Covid-19-Maßnahmegesetz betroffen ist, oder (iii) der Unternehmer bzw.

freie Dienstnehmer einen Umsatzeinbruch von mindestens 50 Prozent zum Vergleichsmonat des Vorjahres hat (für Unternehmen, die bei Antragstellung weniger als ein Jahr bestehen, gibt es eine Sonderregelung). Die Förderungen aus dem Härtefallfonds sind nicht rückzahlbare Barzuschüsse.

In einer ersten Phase, die mit Ende März begonnen hat, gibt es eine einmalige Soforthilfe von bis zu 1.000 Euro (je nach Nettoeinkommen). In einer zweiten Phase, die in der zweiten Hälfte des April gestartet wurde, können Unterstützungsleistungen von bis zu 2.000 Euro pro Monat für maximal drei Monate beantragt werden.

Damit Unternehmen, die zu Beginn der Corona-Krise noch Zahlungseingänge haben und einen Umsatzeinbruch erst später darstellen können, erfasst werden, ist der dreimonatige Betrachtungszeitraum um drei Monate verlängert worden (bis 15. September 2020). Innerhalb der insgesamt sechs Monate können drei beliebige Monate für die Beantragung gewählt werden, wobei die drei Monate nicht zwingend aufeinander folgen müssen. Der Härtefallfonds war ursprünglich mit 1 Milliarde Euro ausgestattet und wurde später auf 2 Milliarden Euro aufgestockt.

4.1.2 Corona-Hilfsfonds

Der Corona-Hilfsfonds⁴ ist mit 15 Milliarden Euro ausgestattet. Er dient der Unterstützung von Unternehmen, die starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen haben. Je nach Betroffenheit des Unternehmens, gemessen am Umsatzrückgang im Vergleich zum Vorjahr, kann ein Kredit bis zur Höhe eines Quartalsumsatzes beantragt werden. Ansprechpartner dafür ist die jeweilige Hausbank des Unternehmens. Das österreichische Bundesfinanzministerium hat für die Abwicklung die COFAG – Covid-19 Finanzierungsagentur gegründet, wobei die operative Abwicklung bei den Förderinstitutionen und Förderbanken Oesterreichische Kontrollbank (für Großunternehmen), Austria Wirtschaftsservice GmbH (Klein- und Mittelbetriebe) und Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH (Tourismusunternehmen) liegt.

Der Corona-Hilfsfonds ist eine Mischung aus Kreditgarantie und Zuschuss. Die Kreditgarantie deckt 90 Prozent der Kreditsumme ab; mittlerweile können auch 100 Prozent gewährt werden. Der Kredit muss über fünf Jahre zurückgezahlt werden, wobei eine Verlängerung um weitere fünf Jahre möglich ist und es begünstigte Kreditzinsen

³ Weitere Informationen: <https://www.usp.gv.at/Portal.Node/usp/public/content/home/531707.html>.

⁴ Weitere Informationen: <https://www.wko.at/service/faq-corona-hilfs-fonds.html>.

gibt. Vom Kredit muss dann, wiederum je nach Betroffenheit, gemessen am Umsatzrückgang, ein Teil nicht zurückgezahlt werden.

Dieser Zuschuss dient dazu, Fixkosten der Unternehmen abzudecken. Voraussetzung ist ein erwarteter Umsatzverlust von mindestens 40 Prozent im Jahr 2020 durch die Corona-Krise und eine Geschäftstätigkeit in Österreich. Der Zuschuss ist gestaffelt und beträgt: 25 Prozent Ersatzleistung (bei einem Ausfall von 40–60 Prozent des Umsatzes), 50 Prozent Ersatzleistung (60–80 Prozent Umsatzausfall) und 75 Prozent Ersatzleistung (80–100 Prozent Umsatzausfall). Neben den klassischen Fixkosten eines Unternehmens sind auch Wertverlust bei verderblichen und saisonalen Waren zuschussberechtigt, sofern diese während der Covid-19-Maßnahmen mindestens 50 Prozent ihres Wertes verloren haben. Es gilt eine Obergrenze von 120 Millionen Euro.

Über Hilfen für Unternehmen, die über diese Obergrenze hinausgehen, soll im Einzelfall entschieden werden. Für Aktiengesellschaften ist vorgeschrieben, dass Boni an Vorstände nur bis maximal 50 Prozent der letztjährigen Boni ausgeschüttet werden und keine Dividendenzahlungen von 16. März 2020 bis 16. März 2021 aus der Liquiditätshilfe getätigt werden dürfen.

4.1.3 Steuerstundungen

Das österreichische Bundesfinanzministerium bietet eine Palette von Möglichkeiten an, die Liquidität von Unternehmen zu verbessern. Vorauszahlungen der Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen für 2020 können per Antrag bis auf null herabgesetzt werden. Der Zeitpunkt der Entrichtung von Abgaben kann bis 30. September 2020 hinausgeschoben beziehungsweise eine Entrichtung in Raten dahin beantragt werden. Anträge auf Stornierung von Säumniszuschlägen können gestellt werden. Verspätungszuschläge werden nicht verhängt, und die Fristen für die Abgabe von Jahressteuererklärungen wurden erstreckt.

4.1.4 Corona-Kurzarbeitsmodell

Die Arbeitskosten von beeinträchtigten Unternehmen werden nicht aus dem Corona-Hilfsfonds abgedeckt. Hier soll die Corona-Kurzarbeitsregelung⁵ greifen, die je nach Lohn-

niveau 80 bis 90 Prozent des Lohns abdeckt und sogar eine temporäre Reduktion der Arbeitszeit auf null Stunden erlaubt. War man anfangs noch von 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit für etwa drei Monate ausgegangen, so befinden sich mittlerweile, Stand Ende April, rund 1.100.000 Personen in Kurzarbeit, wobei das Ausmaß der Zeitreduktion unterschiedlich ist. Das entspricht in etwa einem Viertel der Beschäftigten, wobei noch immer eine starke Dynamik in den Anträgen besteht. Hatte die Regierung anfangs im März ein Budget von 1 Milliarden Euro für Kurzarbeit reserviert gehabt, musste es rasch aufgestockt werden. Die später angekündigten 4 Milliarden Euro reichen auch nicht mehr. Insgesamt ergibt sich, Stand Ende April, eine zugesagte Summe von gut 7 Milliarden Euro, also knapp 2 Prozent des österreichischen BIP.

Die Kosten für das Kurzarbeitsmodell sind aufgrund der hohen Nachfrage substantiell höher als erwartet. Umgekehrt sind die anderen Töpfe, insbesondere der Corona-Hilfsfonds bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Da es das erklärte Ziel der österreichischen Bundesregierung war, einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der Corona-Krise zu verhindern, muss die hohe Zahl an Kurzarbeitsanmeldungen nicht unbedingt negativ gewertet werden; sie kann auch als Erfolg des Modells interpretiert werden, wobei aber die hohen Kosten nicht vernachlässigt werden dürfen.

Nach internen Berechnungen des Instituts für Höhere Studien ist für Österreich ein Budgetdefizit 2020 von etwa 7 Prozent des BIP zu erwarten. Das würde den Schuldenstand Österreichs relativ zum BIP mit Ende des Jahres auf etwa 80 Prozent steigen lassen, wobei Unsicherheit über die Dauer von Steuerstundungen und möglichen Ausfällen herrscht. Aufgrund der beispiellos großen Unsicherheit hinsichtlich der relevanten Szenarien, die sich aus der Unsicherheit bei der Entwicklung der Pandemie in Österreich wie auch in anderen Ländern speist, ist die Bandbreite plausibler Szenarien für die relevanten makroökonomischen Aggregate, unter anderem für das Budgetdefizit und den Schuldenstand, aber außergewöhnlich hoch. Österreich ist dabei aufgrund seiner Exponiertheit als kleine, offene Volkswirtschaft, mit zusätzlich einer großen Abhängigkeit von ausländischen Gästen im Tourismus, besonders betroffen. Umgekehrt findet man aber auch gute Gründe, warum gerade kleine, offene Volkswirtschaften nach einem Abklingen der Unsicherheit eine besonders rasche Erholung erfahren könnten.

⁵ Weitere Informationen: <https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/kurzarbeit>.

4.1.5 Weitere Maßnahmen

Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen wird über Hilfen für Unternehmen, die über die Obergrenze hinausgehen, im Einzelfall entschieden. Das betrifft beispielsweise die Fluglinie AUA, die im Besitz der Lufthansa ist, aber ihren Sitz in Österreich hat. Relevant für größere Unternehmen ist ein angekündigtes Gesetz, das unerwünschte Übernahmen aus dem Ausland erschweren soll. Details dazu sollen im Mai vorgelegt werden. Weitere Hilfsmaßnahmen kommen von Bundesländern, Gemeinden beziehungsweise Städten, Interessensvertretungen, Parafisci (zum Beispiel die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Sozialversicherung) etc. Die österreichische Forderung an die Europäische Union, Teile des Beihilfenrechts für die Corona-Krise außer Kraft zu setzen, hat die Kommission abschlägig beschieden.

4.2 Einschätzung des österreichischen Maßnahmenpakets

Nach anfänglicher Zurückhaltung hat Österreich ein sehr breites Set an angebotsseitigen Maßnahmen vor allem zur Sicherstellung von Unternehmensliquidität und zur Entschädigung der Kosten vorgelegt, die sich vor allem an jene Unternehmen richten, die durch behördliche Schließungen und Beeinträchtigungen Umsatzausfälle zu verzeichnen haben. Der österreichische Nationalrat hat diese Maßnahmen sehr rasch beschlossen, und die Umsetzung in die Praxis erfolgte umgehend, was aufgrund der etwas zerklüfteten österreichischen Förderstruktur mit verschiedenen Förderinstitutionen und Förderbanken nicht einfach war und ist. Die Grundausrichtung der Maßnahmen – Kreditgarantien, Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Härtefallregelungen und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität – wurde in vielen Ländern als Reaktion auf die Krise befolgt (vgl. Baldwin und Weder di Mauro 2020, Fornaro und Wolf 2020 sowie Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020), zusammen mit massiver Unterstützung von Kurzarbeitsmodellen, die zwar weiterentwickelt wurden, aber mit denen schon aus der Finanzkrise Erfahrungen bestanden (Dolls et al. 2010).

Zu den Wirkungen der Maßnahmen gibt es noch keine belastbaren Erkenntnisse. Klar ist, dass das österreichische Corona-Kurzarbeitsmodell sehr attraktiv ist und dazu beiträgt, dass die Arbeitslosigkeit nach einem starken Anstieg Mitte März nicht mehr so stark ansteigt. Auch Steuerstundungen werden sehr umfangreich in Anspruch genommen. Inwieweit der Corona-Hilfsfonds rasch und

effektiv wirksam wird, lässt sich aufgrund der noch weitgehend anekdotischen Evidenz nicht abschließend beurteilen. Im Moment dreht sich die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich bereits um mögliche Konjunkturstützungsmaßnahmen nach der zu Ende gehenden Akutphase, also um Steuersenkungen und öffentliche Investitionen und Investitionsanreize. Auch hier scheint eine Planung, aber auch eine Einschätzung noch recht früh.

5 Fazit

Österreich reagierte vergleichsweise rasch auf die Corona-Epidemie und traf umfassende gesundheits- und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Zu den gesundheitspolitischen Maßnahmen zählt neben zusätzlichen Mitteln für den Gesundheitsbereich ein weitgehender Lockdown, wodurch die sozialen Kontakte (und damit die Ansteckungsgefahr) auf ein Minimum beschränkt werden sollten. Als Folge konnten und können Teile der wirtschaftlichen Aktivitäten für die Dauer der Maßnahmen nur noch eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr ausgeübt werden. Dem stehen wirtschaftspolitische Maßnahmen gegenüber, die vorwiegend die betroffenen Unternehmen und Beschäftigten unterstützen sollen. Insbesondere das Kurzarbeitsmodell wird sehr in Anspruch genommen und trägt dazu bei, die Arbeitslosenzahlen begrenzt zu halten und einen möglichst raschen Neustart der Wirtschaft zu ermöglichen. Für eine quantitative Bewertung der Wirkungen der wirtschaftlichen Maßnahmen gibt es jedoch noch keine belastbaren Daten. Das Institut für Höhere Studien erwartet für Österreich ein Budgetdefizit 2020 von etwa 7 Prozent des BIP; der Schuldenstand wird auf etwa 80 Prozent des BIP klettern.

Nach einem offenbaren Erfolg der Lockdown-Maßnahmen zur Abwendung eines exponentiellen Anstiegs der Infektionsfälle werden diese nun schrittweise zurückgenommen. Diese Lockerungen werden die Konjunktur wieder ankurbeln, aber die Wirtschaftsleistung nicht auf Vorkrisenniveau bringen können. Daher wird es zusätzlich ein klassisches Konjunkturprogramm brauchen; es ist in Österreich bereits in Vorbereitung.

Vorbehaltlich weiterer politischer Maßnahmen und einer nicht auszuschließenden Rückkehr der Corona-Epidemie im Herbst 2020 sinkt die österreichische Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 – Stand Ende April 2020 – durch die Corona-Krise um rund 8,5 Prozent im Vergleich zum Referenzszenario vor der Krise; das sind etwa 33,8 Milliarden Euro. Die öffentlichen Einnahmen werden um 10,9 Milliarden Euro sinken.

Literaturverzeichnis

- Baldwin, R. und B. Weder di Mauro (Hrsg.) (2020), *Mitigating the COVID economic crisis: Act fast and do whatever it takes*, VoxEU.org.
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz – BMSGPK (2020), *Amtliches Dashboard COVID-19*, Stand 25. April 2020, online verfügbar unter <https://info.gesundheitsministerium.gv.at/>.
- Czypionka, T. et al. (2020), Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Ausbruchs des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) vom 28. April 2020, *IHS Policy Brief*.
- Dolls, M., C. Fuest und A. Peichl (2010), Wie wirken die automatischen Stabilisatoren in der Wirtschaftskrise? Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten und den USA, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 11(2), S. 132–45.
- Fornaro, L. und M. Wolf (2020), COVID-19 Coronavirus and macroeconomic policy, *CEPR Discussion Paper* 14529.
- Kocher, M. und K. Weyerstrass (2020), Coronavirus stellt nationale und internationale Wirtschaftspolitik vor große Herausforderungen, *ÖGfE Policy Brief* 11 (2020).
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019), *Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Berlin.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020, München.
- STATcube (2020), Statistische Datenbank von Statistik Austria, Nächtigungsstatistik ab 1974 nach Saison, Saison/Tourismusmonat nach Bundesland.
- Statistik Austria (2020), Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen nominell, Wien.